



Öffentliche Finanzen nur vorübergehend im Zwischenhoch

Eine hervorragende Wirtschaftslage, mehr Abgaben und eine geänderte Verbuchungspraxis bei der Verrechnungssteuer bescherten der öffentlichen Hand im Jahr 2000 trotz anhaltender Ausgabendynamik ein Traumergebnis. Nach wie vor schränkt jedoch der beträchtliche Schuldenstand die finanzpolitische Flexibilität ein. Der Sozialstaat erweist sich nach dem Ausbauschub in den 90er Jahren als sehr kostspielig. Beim zukunftssträchtigen Bildungsbereich stagniert der Anteil an den Gesamtausgaben. Die Unternehmen haben sich als immer wichtigerer Einnahmenlieferant für die öffentliche Hand erwiesen. Insgesamt handelt es sich bei der Erholung der Staatsfinanzen nur um ein Zwischenhoch. Das katastrophale Milliarden-Bundesdefizit für die Rechnung 2002 bestätigt dies leider.

Aufhellung vor dem Sturm

Öffentliche Finanzen der Schweiz 2000

Ernst Raths

Die Schweiz hat eine föderalistische Staatsstruktur. So setzen sich die Staatsfinanzen aus den Haushalten von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammen. Um dennoch eine Gesamtschau über das Finanzgebaren der öffentlichen Hand zu ermöglichen, gibt die Eidgenössische Finanzverwaltung die jährliche Publikation „Öffentliche Finanzen der Schweiz“ heraus. Im dritten Quartal 2002 wurden die detaillierten Zahlen für das Jahr 2000 veröffentlicht. Die zeitliche Verzögerung erklärt sich aus der aufwändigen Beschaffung und Aufbereitung der finanziellen Daten der drei bundesstaatlichen Ebenen.

Die kräftige Konjunktur hat es damals gerichtet

Die öffentliche Hand verbuchte 2000 nach einer zehnjährigen Defizitperiode einen Rekordüberschuss von 7,9 Mrd. Franken (vgl. Tabelle Anhang 1). Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich die finanzielle Situation des Gesamtstaates um 9,6 Mrd. Franken. Damit verwandelte sich die Defizitquote von -0,4 Prozent (Saldo des Staatshaushalts im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt, BIP) in eine Überschussquote von zwei Prozent des BIP. Zu dieser Verbesserung trugen angesichts des robusten Wirtschaftswachstums alle drei Staatsebenen bei, vor allem aber der Bund, dessen Haushalt von einem satten Minus in ein massives Plus drehte und so sein Ergebnis um über 7 Mrd. Franken aufpolierte.

Bund, Kantone und Gemeinden gaben 2000 insgesamt 3,5 Prozent mehr aus als im Vorjahr. Die Zunahme der Ausgaben machte beim Bund und den Kantonen gut vier Prozent aus, bei den Gemeinden gut die Hälfte davon. Das vorübergehend kräftige Wirtschaftswachstum sorgte dafür, dass trotz dem deutlichen Ausgabenanstieg die Staatsquote (Ausgaben des Staates ohne Sozialversicherungen im Verhältnis zum BIP) minim zurückglitt. Unter Einbezug der Sozialversicherungen lag die Staatsquote im Jahr 2000 bei 37,7 Prozent, 0,9 Prozentpunkte tiefer als im Vorjahr. Seit Anfang der 90er Jahre (33,1 Prozent) ist das Gewicht der Staatstätigkeit jedoch spürbar grösser geworden. Im Jahr 2001 nahm die Staatsquote infolge des schwächeren Wirtschaftswachstums und anhaltender Ausgabendynamik bei

der öffentlichen Hand allerdings wieder auf 38,2 Prozent zu.

Zu einem eigentlichen Sprung nach oben setzten 2000 die Einnahmen an: Sie legten um nicht weniger als 13,7 Mrd. Franken oder 11,7 Prozent zu. Dieser zu einem Grossteil durch die damals ausgezeichnete Wirtschaftslage verursachte Einnahmensiegen machte den 8-Milliarden-Überschuss der öffentlichen Hand erst möglich. Allein der Bund nahm 20,9 Prozent mehr ein. Bei den Kantonen waren es 7,3 und bei den Gemeinden 3,8 Prozent. Beim Bund brachte die Verrechnungssteuer ausserordentlich hohe Eingänge. Dabei spielte nebst der guten Konjunktur mit unerwartet hohen Dividendenausschüttungen die geänderte Verbuchungspraxis, welche dem Rechnungsjahr 2000 zugute kam, als Sonderfaktor eine Rolle. Die Kantone, welchen zehn Prozent des Ertrags der Verrechnungssteuer zusteht, profitierten mit.

Das Einnahmewunder ist aber auch darauf zurückzuführen, dass auf Beginn des Jahres 2000 verschiedene Steuern und Abgaben neu eingeführt beziehungsweise erhöht wurden. Es betrifft die Einführung der Lenkungsabgabe VOC, der Spielbankenabgabe und die Verdoppelung der pauschalen Schwerverkehrsabgabe. Bei der Mehrwertsteuer konnte das auf den 1. Januar 1999 eingeführte zusätzliche Mehrwertsteuerprozent erstmals für zwölf Monate vereinbart werden. So verwundert es nicht, dass im Jahr 2000 die Steuerquote (Steuereinnahmen im Verhältnis zum BIP) von 22,2 auf 23,7 Prozent kletterte, wenn auch ein Teil dieser beträchtlichen Zunahme dem Sonderfaktor Verrechnungssteuer zuzuschreiben ist.

Die gesamte Fiskalquote (einschliesslich Sozialversicherungsbeiträge) erhöhte sich von 34,5 auf 35,7 Prozent. Seit Beginn der 90er Jahre (30,6 Prozent) ist dieser volkswirtschaftliche Gradmesser für die Belastung mit Zwangsabgaben somit stark gestiegen. 2001 ist allerdings wieder ein Rückgang auf 34,5 Prozent festzustellen. Dabei spielt der Wegfall des Sonderfaktors Verrechnungssteuer eine Rolle, aber auch der verlangsamte Wirtschaftsgang, der wie in vielen anderen OECD-Ländern zu einem überproportionalen Rückgang der Steuereinnahmen geführt hat. Von

einem Trend zu einer sinkenden Fiskalquote kann in der Schweiz trotzdem bei weitem nicht gesprochen werden.

Volatile Bundesfinanzen

Wie sich unter anderem der Gang der Wirtschaft in der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen widerspiegelt, verdeutlicht die grafische Darstellung der Rechnungsabschlüsse von Bund, Kantonen und Gemeinden (vgl. Grafik unten). Klar erkennbar ist der tiefe wirtschaftliche Einbruch in den 90er Jahren, der dem Staat 1993 ein Rekorddefizit von 16,3 Mrd. Franken bescherte. Rückläufige Steuereinnahmen und rezessionsbedingte Mehrausgaben (u.a. Arbeitslosenversicherung) rissen vor allem beim Bund ein tiefes Loch in die Kasse. Dieser hatte unter den sieben mageren Jahren am meisten zu leiden. Serbelnde Wirtschaft, ungezügelter Ausgabenfreude vor allem Anfang der 90er Jahre sowie der beschränkte finanzielle Handlungsspielraum (der grösste Teil der Bundesausgaben ist gesetzlich gebunden) waren dafür verantwortlich.

Wieder aufwärts ging es mit dem Staatshaushalt im Zuge des 1997 einsetzenden Aufschwungs, der seinen Höhepunkt im Jahr 2000 erreichte. Auch vermehrte Haushaltsdisziplin (z.B. beim Bund das Haushaltsziel 2001 und das Stabilisierungsprogramm) trug zu dieser Entwicklung bei. Angesichts des explosionsartigen Ausgabenwachstums, das der Bund in seinem Finanzplan 2004 bis 2006 erwartet, drohen allerdings weiterhin Defizite und eine höhere Staatsquote. Dies erhärtet die Vermutung, dass zentralstaatlich gesteuerte Ausgaben besonders schwer im Griff zu behalten sind. Die Budgets der Kantone und Gemeinden gehen insgesamt ebenfalls von einer Verdüsterung des finanziellen Horizonts aus.

Beträchtlicher Schuldenstand

Die Schulden der öffentlichen Hand erhöhten sich 2000 im Vorjahresvergleich um 3,9 Prozent auf 207,6 Mrd. Franken (vgl. Tabelle Anhang 2). Für diese Zunahme war grösstenteils der Bund verantwortlich. Dass der Schuldenstand des Staates trotz hohem Haushaltsüberschuss anstieg, erklärt sich hauptsächlich aus der Tatsache, dass der Bundesanteil (6,8 Mrd. Franken) am Fehlbetrag der Pensionskasse des Bundes, der zuvor unter den Ordnungskonti erfasst worden war, nunmehr unter den Schulden des Bundes ausgewiesen wird. Auch wenn man Sonderfaktoren ausklammert, hat sich die Staatsschuld innert zehn Jahren rund verdoppelt. Im selben Zeitraum weitete sich der Anteil des Bundes an den gesamten Schulden der öffentlichen Hand von knapp 40 auf gut 50 Prozent aus. Der Anteil der Gemeinden reduzierte sich entsprechend, während jener der Kantone um 31 Prozent pendelte.

Die Schuldenquote (Staatsschulden in Prozent des BIP) lag 2000 bei 51,3 Prozent, praktisch gleich hoch wie im Vorjahr, aber massiv höher als 1990 mit 30,9 Prozent. Jeder zwölfte Steuerfranken musste 2000 für Schuldzinsen aufgewendet werden. Ein hoher Schuldendienst schränkt den finanzpolitischen Spielraum ein und birgt damit die Gefahr künftiger Steuererhöhungen, insbesondere im Falle steigender Zinsen.

Kostspieliger Ausbau des Sozialstaates

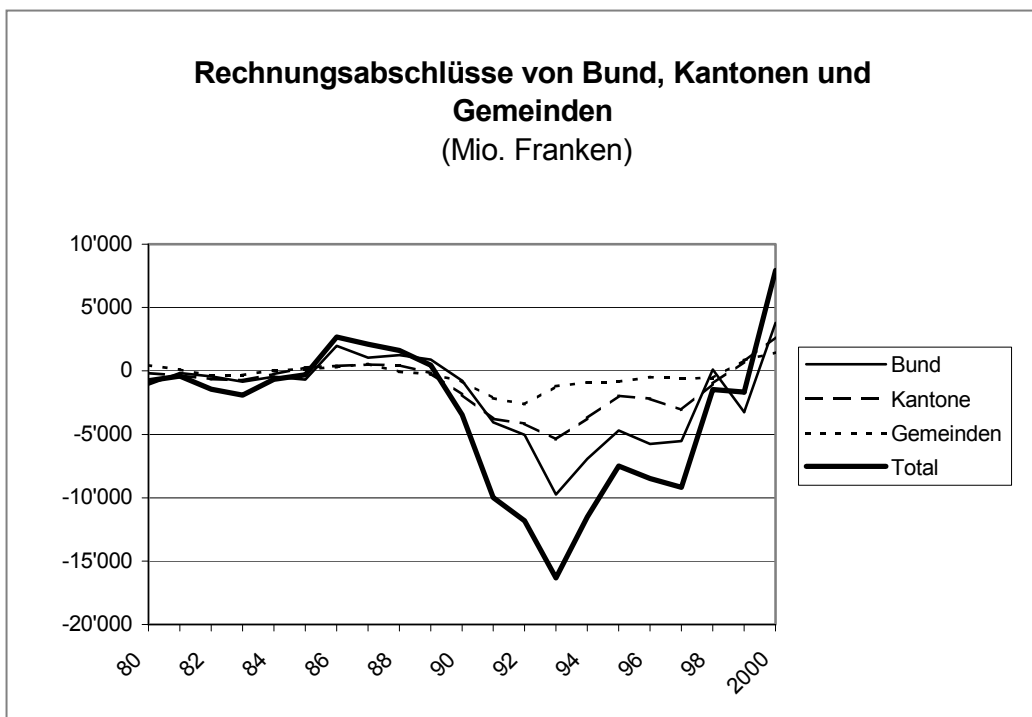
Der grösste Ausgabenbrocken im Staatshaushalt ist die Soziale Wohlfahrt, gefolgt von der Bildung (vgl. Tabelle Anhang 3). Beide beanspruchten im Jahr 2000 rund 19 Prozent der Gesamtausgaben von 123,6 Mrd. Franken. Weitere Schwerpunkte sind die Bereiche Gesundheit und Verkehr. Zusammen absorbieren diese vier Posten gut drei Fünftel der öffentlichen Mittel.

Das Gewicht der Sozialen Wohlfahrt erhöhte sich im Zeitraum 1990 bis 2000 von 15,5 Prozent auf 19,1 Prozent der Gesamtausgaben.

Im Jahr 1997, als die Arbeitslosenquote und damit die Beanspruchung der Arbeitslosenversicherung einen Höhepunkt erreichte, stieg es gar auf 21,3 Prozent.

Im Zuge des nachfolgenden Wirtschaftsauf-

Rechnungsabschlüsse von Bund, Kantonen und Gemeinden
(Mio. Franken)



schwung wurde die Marke von 20 Prozent wieder unterschritten. Trotzdem verharrten die Ausgaben für den Sozialstaat auf hohem Niveau. Dies ist unter anderem auf die demographische Entwicklung, nicht zuletzt aber auch auf die Ausbauschritte in den 90er Jahren zurückzuführen.

Der Anteil der Bildung bewegte sich in den Jahren 1990 bis 2000 zwischen 18 und 19,2 Prozent, blieb also relativ konstant. Über die ganze Periode gesehen ging er allerdings von 19,2 auf 18,5 Prozent zurück. Wenig Schwankungen (um den Wert von 12,5 Prozent) weist ferner der Ausgabenanteil der Gesundheit auf, ebenso jener des Verkehrs (zwischen 10,2 und 11,3 Prozent).

Bei den übrigen Bereichen fallen Finanzen und Steuern sowie Landesverteidigung durch markante Veränderungen auf. Der Ausgabenanteil der Landesverteidigung schrumpfte im Jahrzehnt 1990 bis 2000 von 7,7 auf 4,4 Prozent. Deutlich mehr Mittel mussten dagegen für Schuldzinsen bereitgestellt werden, was sich im Posten Finanzen und Steuern niederschlägt, der von 6,3 auf 8,7 Prozent zulegte. Verantwortlich für diese Zunahme sind auch höhere Anteile Dritter an Bundeseinnahmen. So wurde im Jahre 1999 die Mehrwertsteuer zugunsten der AHV/IV zweckgebunden um einen Prozentpunkt erhöht („Demographieprozent“). Die dafür verwendeten Mittel werden nicht der Sozialen Wohlfahrt zugerechnet, sondern als Anteil Dritter dem Bereich Finanzen und Steuern. Diese Verbuchungspraxis führt somit zu einer Unterschätzung der Sozialausgaben.

„Subventionitis“

Die Gliederung der Ausgaben nach Sachgruppen gibt Aufschluss über die wirtschaftliche Natur der staatlichen Aktivitäten (vgl. Tabelle Anhang 4). Sieben von acht Staatsfranken entfielen 2000 auf die laufenden Ausgaben, das heisst den Staatskonsum, der restliche Achtel auf die Investitionsausgaben. Der Staatskonsum erhöhte sich im Berichtsjahr um 2,8 Prozent, während die Ausgaben für investive Zwecke um 8,2 Prozent zunahmen. Bei den Investitionen fallen die grossen Infrastrukturprojekte (Neat, Bahn 2000) ins Gewicht.

Die laufenden Ausgaben werden von den Beiträgen und Entschädigungen dominiert. Dabei handelt es sich um Zahlungen an Gemeinwesen sowie an übrige Empfänger wie die Sozialversicherungen, den öffentlichen Verkehr, öffentliche Spitäler und schliesslich den Privatsektor (vor allem die Landwirtschaft). Im Jahrzehnt 1990 bis 2000 expandierte dieser Bereich um 68 Prozent auf 53,4 Mrd. Franken. Darin widerspiegelt sich die Aufblähung der Subventionswirtschaft. Allein der gegenwärtige Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen besteht aus rund drei Dutzend untereinander weitgehend unkoordinierten Einzelmassnahmen.

Mehr als einen Drittel des gesamten Staatshaushalts absorbierten 2000 die Personalkosten mit 42,6 Mrd. Franken. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sie sich um 3,9 Prozent, was über dem Wachstum der Gesamtausgaben von 3,5 Prozent liegt. Innerhalb zehn Jahren legte der Personalaufwand um gut 34 Prozent zu. 1997 bis 1999 konnte er dank Sparbemühungen praktisch stabil gehalten werden. Die Zahlungen für Passivzinsen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht; im Zehnjahresvergleich zeigen sie jedoch eine massive Zunahme von 73,4 Prozent. Pro Kopf der Bevölkerung waren im Jahr 2000 stolze 1099 Franken für Schuldzinsen des Staates zu berappen. Die starke Zunahme beim Posten „Anteile, freie Beiträge“ erklärt sich unter anderem mit dem 1999 eingeführten Mehrwertsteueranteil zugunsten des AHV-Fonds und den mit dem höheren Aufkommen der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer gestiegenen Anteilen der Kantone an diesen Abgaben.

Unternehmen als Haushaltsstütze

Das Jahr 2000 bescherte der öffentlichen Hand einen wahren Steuerregen. Das Steueraufkommen wuchs um 11,1 Prozent auf 95,2 Mrd. Franken (vgl. Tabelle Anhang 5). Allein die Verrechnungssteuer warf im Vergleich zum Vorjahr 4,5 Mrd. Franken mehr ab. Gründe sind der starke Wirtschaftsgang und die geänderte Verbuchungspraxis. Auch die Einnahmen aus Unternehmenssteuern (Ertragssteuern) stiegen mit einem Plus von 1,8 Mrd. Franken oder 19 Prozent auf nicht weniger als 11,2 Mrd. Franken überdurchschnittlich. Ferner sorgte die damals boomende Börse dafür, dass die Vermögensverkehrssteuern (hauptsächlich Stempelabgaben) 1 Mrd. Franken oder 25 Prozent mehr in die Staatskasse spülten. Auch die Verbrauchssteuern verzeichneten mit 7,4 Prozent ein kräftiges Wachstum. Dazu beigetragen haben vor allem eine gute Konsumentenstimmung und das erstmalig während eines ganzen Jahres vereinnahmte „Demographieprozent“ bei der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV/IV.

Versteckte Steuern?

Von den Gesamteinnahmen der öffentlichen Hand entfielen 72,4 Prozent auf Steuern. Der Rest stammte aus nicht steuerlichen Quellen: Regalien und Konzessionen (z.B. Gewinn der Nationalbank, Gewinn der Alkoholverwaltung), Vermögenserträgen (z.B. Dividenden aus der Swisscom-Beteiligung), Entgelten (Gebühren und Taxen) sowie Investitionseinnahmen (drei Viertel davon Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen).

Die nicht steuerlichen Einnahmen erhöhten sich 2000 gegenüber dem Vorjahr um 4,2 Mrd. Franken oder 13,2 Prozent auf 36,3 Mrd. Franken. Dieser stattliche Zuwachs ist auf höhere Rückzahlungen von Darlehen und Beteili-

gungen (seitens der Arbeitslosenversicherung und der Exportrisikogarantie), höhere Vermögenserträge (hauptsächlich Buchgewinne) und Sondereinnahmen aus dem Verkauf von Funklizenzen, die unter Regalien und Konzessionen verbucht werden, zurückzuführen.

Auffallend ist mit 21 Mrd. Franken das beträchtliche Volumen der Entgelte. 2000 stieg es im Vorjahresvergleich um 4,5 Prozent, gegenüber 1990 gar um 63,3 Prozent. Dagegen erhöhten sich die Steuereinnahmen innert diesen zehn Jahren „nur“ um 47,2 Prozent. Aus Gebühren für – oft nicht zu umgehende – Amtshandlungen nahm die öffentliche Hand im Jahr 2000 die erkleckliche Summe von 2,1 Mrd. Franken ein, 55,4 Prozent mehr als 1990. Mit 66,1 Prozent auf 8,7 Mrd. Franken noch stärker zugenommen haben im selben Zeitraum die Spital-/Heimtaxen. Stattlich sind mit 4,3 Mrd. Franken ferner die Einnahmen aus Benützungsgebühren und Dienstleistungen sowie mit 5,9 Mrd. aus übrigen Entgelten (u.a. Rückerstattung von Prozess- und Betriebskosten, von Fürsorgeausgaben und Stipendien).

Entwicklung der Staatsquote: rote Karte für die Finanzpolitik der Schweiz

Die in der Publikation „Öffentliche Finanzen der Schweiz“ aggregierten Daten enthalten nicht sämtliche Ausgaben, welche in der Staatsquote zu berücksichtigen sind und können daher nicht direkt mit der Analyse gemäss Ausgabenkonzept von *economiesuisse* verglichen werden. Um die in der umfassenden Staatsquote enthaltenen Ausgaben zu ermitteln, sind zu den Ausgaben der öffentlichen Haushalte jene der staatlichen Sozialversicherungen zu addieren. Diese werden (gemäss Sozialversicherungsstatistik des BSV) im Folgenden dem Aufgabengebiet Soziale Wohlfahrt zugeordnet; allfällige Doppelzählungen mit den öffentlichen Haushalten werden abgezogen. Die Ausgaben, die gemäss der internationalen Definition der OECD in die Staatsquote eingehen, lagen 2000 somit bei 152,5 Mrd. Franken.

Gegen zwei Drittel der staatsquotenrelevanten Ausgaben entfielen 2000 auf die drei Bereiche Soziale Wohlfahrt, Bildung und Gesundheit. Über einen Drittel der gesamten Staatsquote absorbierten allein die Ausgaben für den Sozialstaat. Darin widerspiegelt sich jedoch nur ein Teil der Sozialausgaben. Insbesondere die Leistungen im Zusammenhang mit der obligatorischen 2. Säule (berufliche Vorsorge) sind gemäss der offiziellen Definition nicht in die Staatsquote eingerechnet, womit diese nur eine unvollkommene Abbildung der Zwangsabgaben darstellt.

Die überbordende Ausgabenentwicklung im vergangenen Jahrzehnt bei gleichzeitig meist schwachem Wirtschaftswachstum hat zu einem Anstieg der Staatsquote von 33,1 auf 37,7 Prozent geführt. Insgesamt nahmen die Ausgaben der öffentlichen Hand und der staatlichen Sozialversicherungen von 1990 bis 2000 um 47,4 Mrd. Franken oder 45,2 Prozent zu. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Nominalwachstum von 3,8 Prozent, was deutlich über dem nominellen Wirtschaftswachstum desselben Zeitraums (2,5 Prozent p.a.) liegt. Der Ausgabenboom in den 90er Jahren scheint zu einer dauerhaft höheren Staatsquote geführt zu haben, denn 2001 kletterte diese wieder auf schätzungsweise 38,2 Prozent. Vom Ziel einer nachhaltigen Senkung der Staatsquote ist die schweizerische Finanzpolitik damit weit entfernt.

Nimmt man die einzelnen Aufgabengebiete unter die Lupe, so fällt mit durchschnittlich 5,4 Prozent pro Jahr in der Periode 1990 bis 2000 das starke Ausgabenwachstum der Sozialausgaben auf. Die Ausgaben für Gesundheit nahmen im Mittel um jährlich 4,1 Prozent und damit ebenfalls überdurchschnittlich zu. Ungünstig entwickelte sich ferner der Posten Finanzen und Steuern: Die mittlere Zunahme der entsprechenden Aufwendungen um fünf Prozent pro Jahr ist grossenteils auf die gestiegenen Ausgaben für den Schuldendienst zurückzuführen.

Kommentar

Die Freude über das Traumergebnis 2000 des Staatshaushalts, das auf die starke Wirtschaft, Steuererhöhungen und Sonderfaktoren zurückzuführen ist, währt nur kurz. Für 2001 rechnet die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) nämlich mit einem Defizit der öffentlichen Hand von schätzungsweise rund 150 Mio. Franken. Bei den Ausgaben geht die EFV von einer Zunahme um 4,5 Prozent aus, bei den Einnahmen jedoch von einem Rückgang um 1,9 Prozent. In den Folgejahren verdüstert sich der finanzpolitische Horizont infolge der ungebrochenen Ausgabendynamik weiter, was ohne Gegenmassnahmen auf der Ausgabenseite eine höhere Steuerquote nach sich zieht. Für die Rechnung 2002 hat kürzlich Bundesrat Kaspar Villiger sogar ein „Milliardendefizit“ für den Bundeshaushalt angekündigt. Der Staat hat mit anderen Worten seine Hausaufgaben nicht gemacht – er lebt über seine Verhältnisse, und die Finanzen scheinen einmal mehr aus dem Ruder zu laufen. So geht der Bund bis zum Jahr 2006 bei Ausgaben und Einnahmen von einer unverantwortbaren Zunahme zwischen vier und fünf Prozent pro Jahr aus, was weit über dem Wirtschaftswachstum liegt, das nach realistischen Prognosen für diesen Zeitraum zu erwarten ist.

economiesuisse hat deshalb mit seinem Ausgabenkonzept aufgezeigt, wie der Staat seine Ausgaben in den Griff bekommen könnte. Den dort gemachten konkreten Vorschlägen, die Ausgaben gründlich und ohne Tabus zu überdenken, kommt grosse Bedeutung zu; denn ein Ansteigen der gesamtwirtschaftlichen Abgabenbelastung muss unter allen Umständen verhindert werden, soll die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb weiterhin gute Karten haben. Im „Steuerkonzept für die Schweiz“ schlägt economiesuisse vor, die Fiskalquote bis ins Jahr 2010 wieder auf rund 30 Prozent, wie zu Beginn der 90er Jahre, herunterzubringen. Deshalb sind auch auf der Ausgabenseite verbindliche Ausgabenwachstumsziele auf nachhaltigem Niveau – wie vom Ständerat vorgeschlagen – als Ergänzung der Schuldenbremse unerlässlich.

Bei der Überprüfung der Aufgaben und der Prioritätensetzung ist die grosse Bedeutung der Investitionen in die Bildung zu beachten. Über die Periode 1990 bis 2000 gesehen ist der Anteil der Bildung an den öffentlichen Ausgaben gesunken. Für Professor Olaf Kübler, Präsident der ETH Zürich, geht es

hingegen darum, an „strategisch wichtigen Stellen“ zu investieren. Anlässlich der Verleihung des diesjährigen Nobelpreises für Chemie an ETH-Professor Kurt Wüthrich betonte Olaf Kübler, „dass man als Land mit fehlenden natürlichen Ressourcen auf die intellektuelle Potenz setzen muss. Nur so können wir unsere Zukunft sichern.“ Auch die Wirtschaft teilt diese Einschätzung. Sie befürwortet ein grösseres Gewicht der Bildung, Forschung und Technologie im Staatshaushalt.

Eine gegenläufige Entwicklung zur Bildung verzeichnen die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt, deren Anteil stark zugenommen hat. Um die Ausgaben in diesem Bereich in den Griff zu bekommen, müssen, wie etwa bei der Arbeitslosenversicherung, die Unterstützungszahlungen vermehrt jenen zugute kommen, die sie auch wirklich benötigen. Für Mittelverschwendungen mit der Giesskanne besteht je länger desto weniger Raum. Zu Recht hat Wim Duisenberg, Präsident der Europäischen Zentralbank, jene Staaten ermahnt, die noch keine Überschüsse erwirtschaften oder die noch nicht über nahezu ausgeglichene Budgets verfügen. ER

Anhang 1

Rechnungsabschlüsse von Bund, Kantonen und Gemeinden

Jahr	Bund	Kantone	Gemeinden	Total (1)	In % des BIP
In Millionen Franken					
Ausgaben					
1990	31'616	41'116	30'245	86'614	29.5
1991	35'501	45'626	33'239	96'272	30.3
1992	37'817	48'334	35'968	102'955	30.9
1993	41'140	52'392	37'087	110'784	32.4
1994	41'553	52'508	37'873	111'745	31.9
1995	40'856	52'111	38'427	111'054	31.1
1996	44'236	55'174	38'696	116'017	31.9
1997	44'383	56'866	38'471	117'310	32.6
1998	46'962	57'170	39'327	120'282	32.4
1999	46'252	57'799	39'714	119'440	30.7
2000	48'208	60'151	40'599	123'569	30.6
Einnahmen					
1990	30'837	39'264	29'423	83'161	26.2
1991	31'457	41'845	31'088	86'296	25.9
1992	32'777	44'175	33'339	91'127	26.6
1993	31'400	47'002	35'892	94'459	27.0
1994	34'635	48'801	36'980	100'226	28.0
1995	36'162	50'147	37'587	103'555	28.5
1996	38'463	52'972	38'200	107'546	29.4
1997	38'852	53'788	37'894	108'124	29.1
1998	47'073	56'158	38'770	118'823	31.3
1999	42'995	58'541	40'544	117'755	30.3
2000	51'994	62'818	42'068	131'491	32.4
Saldo					
1990	-779	-1'852	-822	-3'453	-1.1
1991	-4'044	-3'781	-2'151	-9'976	-3.0
1992	-5'040	-4'159	-2'629	-11'827	-3.5
1993	-9'740	-5'390	-1'195	-16'325	-4.7
1994	-6'918	-3'707	-893	-11'519	-3.2
1995	-4'694	-1'964	-840	-7'499	-2.1
1996	-5'773	-2'202	-496	-8'471	-2.3
1997	-5'530	-3'078	-577	-9'186	-2.5
1998	111	-1'012	-557	-1'459	-0.4
1999	-3'257	742	830	-1'685	-0.4
2000	3'786	2'666	1'469	7'922	2.0

(1) Doppelzahlungen im Total nicht enthalten

Anhang 2

Schulden der öffentlichen Hand (1)

	1990	1996	1997	1998	1999	2000
In Millionen Franken						
Bund (2)	38'509	86'011	93'109	105'278	98'404	105'333
Kantone	30'535	56'817	60'151	63'197	62'764	64'261
Gemeinden (3)	29'000	37'500	38'000	38'600	38'600	38'000
Total	98'044	180'328	191'260	207'075	199'768	207'594
In Prozent des Totals						
Bund	39.3	47.7	48.7	50.8	49.3	50.7
Kantone	31.1	31.5	31.4	30.5	31.4	31.0
Gemeinden	29.6	20.8	19.9	18.6	19.3	18.3
Total	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
In Prozent des BIP						
Bund	12.1	23.5	25.1	27.6	25.3	26.0
Kantone	9.6	15.5	16.2	16.6	16.1	15.9
Gemeinden	9.1	10.3	10.2	10.1	9.9	9.4
Total	30.9	49.3	51.5	54.4	51.4	51.3

(1) Fremdkapital abzüglich Rückstellungen und transitorische Passiven

(2) Inkl. Verpflichtungen für Sonderrechnungen (hauptsächlich Pensionskasse des Bundes)

(3) Teilweise geschätzte Zahlen

Anhang 3

Ausgaben der öffentlichen Hand nach Funktionen (1)

	1990	1998	1999	2000	2000
	In Millionen Franken				In %
Allgemeine Verwaltung	6'031	7'577	7'797	7'886	6.4
Justiz, Polizei, Feuerwehr	4'927	6'582	6'544	6'829	5.5
Landesverteidigung	6'663	5'771	5'402	5'408	4.4
Beziehungen zum Ausland	1'581	2'043	2'148	2'274	1.8
Bildung	16'658	21'675	21'971	22'803	18.5
Kultur und Freizeit	3'122	3'637	3'646	3'851	3.1
Gesundheit	10'698	14'752	15'104	15'636	12.7
Soziale Wohlfahrt	13'444	24'819	23'143	23'544	19.1
Verkehr	9'171	13'586	12'074	13'009	10.5
Umwelt, Raumordnung	3'699	4'725	4'819	4'824	3.9
Volkswirtschaft	5'173	6'199	6'709	6'717	5.4
Finanzen und Steuern	5'447	8'916	10'084	10'788	8.7
Total (2)	86'614	120'282	119'439	123'569	100.0

(1) Nach Abzug der Doppelzählungen

(2) Differenzen rundungsbedingt

Anhang 4

Ausgaben der öffentlichen Hand nach Sachgruppen

	1990	1998	1999	2000	2000
	In Millionen Franken				In %
Laufende Ausgaben (1)	74'173	103'818	105'023	107'971	87.4
Personalaufwand	31'740	40'653	40'963	42'568	
Sachaufwand	16'184	19'239	19'727	20'652	
Passivzinsen	4'568	7'985	8'095	7'923	
Anteile, freie Beiträge*	3'718	4'974	6'173	7'428	
Beiträge, Entschädigungen*	31'809	52'388	52'699	53'357	
Investitionsausgaben (1)	12'441	16'464	14'417	15'598	12.6
Sachgüter	9'907	10'680	10'638	10'179	
Darlehen, Beteiligungen	914	3'585	1'487	2'880	
Beiträge*	5'125	5'885	6'152	6'291	
Übrige aktivierte Ausgaben	67	18	21	10	
Total (1)	86'614	120'282	119'439	123'569	100.0

(1) Die mit * markierten Posten enthalten Doppelzählungen.
Zwischentotale und Gesamttotale ohne Doppelzählungen.

Anhang 5

Steuereinnahmen der öffentlichen Hand

	1990	1997	1998	1999	2000
	In Millionen Franken				
Einkommenssteuern (1)	27'518	35'353	35'563	36'491	37'325
Vermögenssteuern	2'184	3'149	3'406	3'832	3'930
Ertragssteuern	6'002	7'070	7'444	9'417	11'204
Kapitalsteuern	1'456	1'829	1'857	1'571	1'302
Grundsteuern	447	644	683	714	735
Verrechnungssteuern	4'044	2'320	5'388	1'663	6'202
Vermögensgewinnsteuern	2'035	876	938	926	934
Vermögensverkehrssteuern	2'861	3'265	4'110	4'101	5'125
Erbschafts-/Schenkungsst.	896	1'065	1'328	1'516	1'212
Total Einkommens- und Vermögenssteuern	47'443	55'571	60'717	60'231	67'969
Verbrauchssteuern	15'970	20'136	21'522	23'710	25'460
Besitz- u. Aufwandsteuern	1'286	1'651	1'700	1'770	1'801
Total Verbrauchssteuern	17'256	21'787	23'222	25'480	27'261
Steuern total (2)	64'699	77'358	83'939	85'711	95'229

(1) Ohne Kirchensteuern

(2) Differenzen rundungsbedingt